

Zusammenstellung der wichtigsten Daten aus der Kartellstatistik.

Jahr	Berichtet ist von		Zahl der			Lokalvereine sind		Ein- nahme Mk.	Aus- gabe Mk.	Streifenunterstützung		
	Kar- tellen	Prozent aller Kartelle	Mit- glieder	in Kartellen	ins- gesamt	mit Mit- gliedern	aus der Kartell- kasse Mk.			aus Commun- kationen Mk.		
1901	319	90,0	3996	481718	328	28	58	10572	294189	208349	27846	214104
1902	365	93,0	4742	614722	339	36	84	12598	272394	285468	14023	60739
1903	387	93,5	5207	758728	312	30	80	9241	436466	305218	60870	717525

42 Christliche Kartelle mit 160 angegliederten Gewerkschaften. Kirch-Tunderische Arbeitersekretariate werden 3 und Christliche 13 gezählt. Für 1902 waren die Angaben noch sehr unvollständig, auch für 1903 können dieselben auf Vollständigkeit noch keinen Anspruch machen, doch kommen diese der Wahrheit schon bedeutend näher. Unsere Gewerkschaftskartelle müssen sich bemühen, die genauen Zahlen aus den gegnerischen Organisationen zu erhalten, um diese für die Statistik zu verwenden, zumal die Kirch-Tunderischen sowohl wie die Christlichen es ängstlich vermeiden, die Öffentlichkeit Genaueres über ihr Verbreitungsgebiet wissen zu lassen.

Unzweifelhaft sind in der Statistik noch manche Mängel enthalten, doch darf man überzeugt sein, daß diese in den nächsten Jahren durchaus völlig verschwinden werden. Und trotz vorhandener Mängel läßt die Statistik erkennen, daß bedeutende Fortschritte in der Organisation zu verzeichnen sind. Dies wird zur Klärung der Meinungen über den Wert der Kartelle beitragen. Schon heute erkennt jeder mit den Verhältnissen Vertraute an, daß die Kartelle nicht nur zweckmäßige, sondern notwendige Einrichtungen in der Gesamtorganisation der deutschen Gewerkschaften sind. Will man den Wert oder Unwert einer Einrichtung beurteilen, so muß man zunächst das Wesen derselben erkennen. Um das Wesen der Kartelle, ihr Schaffen und Wirken im ganzen Umfange erkennen zu lassen; um die Beurteilung des Wertes der Kartelle zu ermöglichen, hat die General-Kommission erstmals im Jahre 1902 die Statistik der Gewerkschaftskartelle veranstaltet. Voraussetzung war eine objektive Berichterstattung und die Beteiligung aller Kartelle. Ist dieses auch nicht vollkommen erreicht, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Statistik viel dazu beigetragen hat, die Anschauungen hinsichtlich des Wertes der Kartelle zu ändern und manche Vorurteile zu beseitigen.

Das Gesamtergebnis der Statistik läßt erkennen, daß die Gewerkschaftskartelle Institutionen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind, die Bedeutendes zu leisten vermögen und an einzelnen Orten auch schon geleistet haben. Bei den demnächst stattfindenden Wahlen der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden haben die Kartelle Gelegenheit zu beweisen, wie notwendig diese Organisationen gerade auf diesem Gebiete sind. In der nächstjährigen Statistik wird es sich zeigen, inwieweit die Kartelle diese ihre Aufgabe erfüllt haben. Sie können durch Lösung dieser Aufgabe aufs neue den Beweis ihrer Nützlichkeit und ihrer Unentbehrlichkeit erbringen. **L. Brunner.**

Verbandstags-Wünsche.

Der Reigen hat begonnen! Vielfache Wünsche, deren Erfüllung vom Verbandstage erhofft wird, werden jetzt vor unseren Augen vorübergeleitet und schon lange bevor der Verbandstag einberufen wird, sind wir dadurch in der Lage, über etwaige Berechtigung von Wünschen und Anträgen uns einigermaßen ein Urteil zu bilden. Gründe und Gegenstände zu hören und es wäre dringend zu wünschen, daß alle Zahlstellen sich lebhaft an der Debatte beteiligten; das geschriebene Wort erparat das gesprochene und somit Zeit und Kräfte der Delegierten des Verbandstages.

Eine Buichrist aus Leipzig beschäftigt sich in voriger Nummer der „Solidarität“ mit dem Ausbau unseres Unterstützungswesens. In dieser wird hervorgehoben, daß die Arbeitslosenunterstützungen, die bisher gezahlt wurden, zum großen Teile den männlichen Mitgliedern zugute kommen, daß aber die Arbeiterinnen nicht allzuviel Vorteile davon hätten und führt der Verfasser die große Fluktuation, die besonders unter den weiblichen Mitgliedern zutage tritt, darauf zurück. Wegen diese unangenehm auffällige Erscheinung sucht er Mittel und Wege, um

die Mitglieder mehr an den Verband zu fesseln und macht den Vorschlag, zu unserer bisher bestehenden Arbeitslosenunterstützung eine Erwerbslosenunterstützung hinzuzufügen.

Die Bemerkung des Leipziger Mitgliedes über die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern ist vollkommen richtig, aber etwas Neues hat er damit nicht gesagt; es liegt ja allbekannter Weise in der Natur der Sache, und alle Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern können davon ein Lied singen, daß der Wechsel unter diesen ein sehr häufiger ist. Sollte nun aber nicht gerade die Fluktuation der Grund dafür sein, daß die Arbeitslosenunterstützung nur wenig von den Arbeiterinnen in Anspruch genommen wird? Wie unendlich viele treten aus, bevor ihre Karenzzeit abgelaufen ist und die deshalb noch garnicht dazu gekommen sind, sich Rechte zu erwerben. Es läßt sich dieses durch die Arbeitslosenstatistik, die ungefähr die gleiche Höhe der Arbeitslosentage für Frauen aufweist wie für Männer, beweisen. Außerdem liegt die Annahme sehr nahe, daß sich noch nicht berechtigte weibliche Mitglieder in ziemlicher Anzahl der Arbeitslosenkontrolle entzieht und „Anfragen“ geht, und gerade Leipzig wird darin Erfahrungen gesammelt haben, wie ja unzweifelhaft auch den Verammlungsberichten und Anträgen, den Leipziger Arbeitsnachweis betreffend, hervorgeht. Demgegenüber beweist das Beispiel der Zahlstelle Berlin I sehr deutlich, daß die Behauptung, weibliche Mitglieder hätten keine Vorteile von der Arbeitslosenunterstützung, nicht stichhaltig ist. So lange der Mitgliederwechsel in dieser Zahlstelle ein großer war, wies die Unterstützungsansgabe für Arbeitslose eine nur geringe Summe im Verhältnis zu anderen Zahlstellen auf, seitdem jedoch stabilere Verhältnisse eingetreten sind, rangiert diese nur aus Frauen bestehende Zahlstelle am ersten Platz im prozentualen Verhältnis der Arbeitslosenunterstützung zu den übrigen Zahlstellen. Man kann daraus mit Recht schließen, daß es nur einer gewissen Stabilität unter den weiblichen Mitgliedern bedarf, dann werden diese ebenso wie ihre männlichen Kollegen ihre statutengemäßen Rechte in Anspruch nehmen. Der Verfasser des Leipziger Artikels hat demnach die Ursache mit ihren Folgen verwechselt. Nicht die zu wenig in Anspruch genommene Unterstützung ist der Grund der Fluktuation, sondern diese ist die Ursache, daß die Unterstützung so wenig in Anspruch genommen werden kann. Doch nun zu dem Vorschlage der Erwerbslosenunterstützung! In Vorstehendem sind die Ursachen der zum Teil geringen Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung bereits nachgewiesen und die Begründung für die vorgeeschlagene Erwerbslosenunterstützung wird dadurch so ziemlich gegenstandslos. Unteruchen wollen wir aber, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Erwerbslosenunterstützung nach den gemachten Vorschlägen durchführbar ist; die Zahlenangaben entnehmen wir dem zugleich mit dieser Zeitung herauskommenden Jahresbericht des Verbandsvorstandes.

Im vergangenen Geschäftsjahr sind 6659,20 Mk. Arbeitslosenunterstützung für 8537 Tage mit durchschnittlich 78 Pf. pro Tag gezahlt worden. Von den 18531 Tagen der Arbeitslosigkeit, welche laut Abrechnungen der Zahlstellen in diesem Jahre zu verzeichnen gewesen waren, sind dies 46 pSt. Wir sehen somit, daß die Mitgliedschaft für noch nicht die Hälfte der Arbeitslosentage überhaupt unterstützungsberechtigt war, was wiederum darauf schließen läßt, daß ungefähr die Hälfte der Mitglieder noch kein Jahr dem Verbands angehört und somit für das kommende Jahr eine Steigerung dieses Prozentsatzes (46 pSt.) proportional dem Anwachsen der Unterstützungsberechtigten zu erwarten ist. Nehmen wir nun dieses Verhältnis als Grundlage zur Unterstützung

über die event. Möglichkeit einer Erwerbslosenunterstützung, so kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Unsere Mitglieder waren im letzten Geschäftsjahr 40847 Tage krankheitshalber erwerbslos; wir hätten für 46 pSt. d. i. 18900 Tage, die Erwerbslosenunterstützung zahlen müssen und zwar nach dem Vorschlage Leipzig mit der Hälfte der Arbeitslosenunterstützung, also durchschnittlich 39 Pf. pro Tag, gleich 7332 Mk., vergleicht man damit den im letzten Geschäftsjahr erreichten Ueberschuß von 9096 Mk., so wird selbst der Leipziger Kollege zugeben müssen, daß unter den jetzigen Verhältnissen an eine solche Unterstützung garnicht zu denken ist. Wir müssen außerdem noch in Erwägung ziehen, daß das letzte Geschäftsjahr ein außerordentlich gutes gewesen ist; das vorherige mit seinen rund 3000 Mk. Ueberschuß, das drittletzte mit seinem kolossalen Minus hätten sich wohl noch schlechter zu solchen Verhältnissen im Unterstützungsweesen geeignet. Natürlich muß man die angegebene Summe als Minimum dessen betrachten, was zu bezahlen gewesen wäre; bei dem erhofften Eintreten der Stabilität würde sich diese Summe in kaum einem Jahre verdoppeln oder verdreifachen.

Diese Summe ließe sich nun durch eine Beitragserhöhung aufbringen, da von dem jetzigen Beitrag bei den verhältnismäßig hohen Unterstützungsätzen kaum soviel verbleibt, um für wirtschaftliche Stämme gerichtet zu sein. Bei der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 3228 des vergangenen Jahres kommen auf jedes Mitglied 9,68 Mk. Beitrag; dieser würde sich auf 11,85 Mk. erhöhen müssen, also um rund 25 pSt. Es ist voranzuziehen, daß diese für Erwerbslosenunterstützung vorgelebene Summe bei weitem nicht ausreichen würde, wenn die Unterstützung in die Praxis umgesetzt würde. Erstens wächst mit der Stabilität der Mitglieder auch die Unterstützungsberechtigung derselben und ferner würde die Zahl der Krankmeldungen sich bedeutend erhöhen, da diese niemals so genau genommen worden sind, wie die Arbeitslosmeldungen, so lange keine Krankenunterstützung gezahlt wurde. Viele Mitglieder, die nur kurze Zeit krank waren, machen sich garnicht erst die Mühe, dem Vorstand dies zu melden, sondern bezahlen lieber ihre 20 Pf. Beitrag, wie Schreiber dieses oft genug zu beobachten Gelegenheit hatte. Man mag vielleicht noch einwenden, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht für so lange Zeit in Anspruch genommen wird, als die Arbeitslosenunterstützung, doch wäre dem entsprechend entgegenzuhalten, daß auch bei Arbeitslosigkeit nur eine kleine Anzahl Mitglieder ihre volle Unterstützung abhebt und auch nur die wenigsten Kranken in die gleiche Lage kommen. Es ist sogar festzustellen, daß die weitaus meisten Krankheitsfälle nur nach Tagen zählen. Und da ist es dann wohl keineswegs zu hoch gegriffen, wenn wir mit einer Beitragserhöhung von 10 Pf. zum Zwecke einer Erwerbslosenunterstützung rechnen müssen. Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung darüber, daß unser Beitrags- und Unterstützungsweesen einer durch die bisherigen Erfahrungen bedingten Abänderung bedarf, aber eine Erwerbslosenunterstützung hält Schreiber dieses für die jetzige Zeit noch nicht passend. Schon ehe der Verband gegründet wurde, sind ja bereits Versuche in den früheren Ortsvereinen gemacht worden, aber man hat immer bald davon Abstand nehmen müssen. Dagegen ist die Unterstützung für Arbeitslose weiter ausgebaut worden und was früher mit beiden Unterstützungen nicht möglich wurde, einen festen Mitgliederstamm heranzuziehen, ist jetzt, wo nur Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, gelungen. Wir müssen auch in Betracht ziehen, daß wir gleich von Anfang an unseren Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung geschaffen haben, während andere Organisationen Jahre lang nichts derart geboten haben, höchstens eine ganz minimale Reiseunterstützung. Die Beiträge wurden neben der Verwendung bei Wohnbewegungen vor allen Dingen zur Gründung eines starken Reservefonds bestimmt und erst, wenn dieser vorhanden war, ist man zur Einführung von Arbeitslosenunterstützung geschritten. Wir haben umgekehrt gehandelt und das rächt sich jetzt. Wie soll man sich wohl den wirtschaftlichen Kampf in unserem Beruf vorstellen, mit unserem augenblicklichen Vermögen? Wie wäre bei uns ein „Crimmitschau“ möglich oder ähnliche Kämpfe, wie sie augenblicklich in Berlin in der Holz- und Metallindustrie ausgefochten werden? Freilich haben uns zu den bisherigen Bewegungen immer

noch genügend Geldmittel zur Verfügung gehanden, aber gegen die Bewegungen anderer Gewerkschaften waren dies doch nur kleine Pfändchen.

Wir haben uns schon häufig in Organisationsfragen die Organisation der Buchdrucker zum Muster genommen und wir müßten auch in der Frage, die Ansammlung eines Reservefonds betreffend, ihnen nachzueifern versuchen. Es muß jetzt zunächst unser Bestreben sein, auch für eine starke Kriegskasse Sorge zu tragen, damit wir gegen alle etwaigen Angriffe gewappnet sind. Unter keinen Umständen aber darf der Fehler, der durch verfrühte Einführung unserer Unterstützungseinrichtungen gemacht wurde, ohne erst für Ansammlung eines Reservefonds Sorge zu tragen, noch vergrößert werden, indem man einen neuen Unterstützungszweig einführt, ehe man weiß, welche Erfahrungen andere Verbände gerade mit der Erwerbslosenunterstützung gemacht haben. Meines Erachtens nach ist Krankenunterstützung überhaupt eine Sache, mit der gewerkschaftliche Verbände sich nicht befassen sollten, sie führt zu viele Eventualitäten mit sich und nimmt dem Verband den rein gewerkschaftlichen Charakter, um ihm dafür den Nimbus des Unterstützungsvereins zu geben. So wie wir heute einig sind darüber, daß die Gewerkschaft neutral bleiben muß in politischer und religiöser Hinsicht, so soll sie sich auch fernhalten von derartigen Unterstützungen, welche ungeheure Opfer von der Verbandskasse fordern und absolut nichts mit dem gewerkschaftlichen Leben zu tun haben; und am wenigsten dürfen wir mit unserem großen weiblichen Mitgliederbestand uns eine Verpflichtung auferlegen, welche nur starke und gut-fundierte Kassen ertragen können, ohne daran zu Grunde zu gehen.

Q-1.

Korrespondenzen.

Cassel. Versammlung vom 4. Oktober. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Sauer eröffnet und bebandert derselbe den sehr schwachen Besuch. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung vorgelesen und dasselbe genehmigt ist, ermahnt der Vorsitzende die Anwesenden, doch ihre Kollegen und Kolleginnen so viel wie möglich zum Besuch der Versammlungen anzuhalten. Wenn es jetzt immer ein und dieselben Gendär, wir können absolut in unseren Bestrebungen nicht weiter kommen, wenn die Versammlungen auch fernhin so schlecht besucht werden. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß der Familienanfluß der Ortskrankenkasse 9 perfekt geworden sei und er wünscht die verheirateten Mitglieder, sich den Vorteil zu nutzen zu machen, da die Mitglieder in Folge der freien Arztwahl doch nicht auf einen Arzt angewiesen sind, sondern die Wahl zwischen 60 bis 70 Ärzten hätten. Auch kommen die Nebenkosten bei Spezialärzten ganz in Wegfall. Von mehreren Mitgliedern ist der Antrag gestellt, zu unserem Herbstausflug etwas aus der Kasse zu bewilligen, jedoch wird von verschiedener Seite dagegen protestiert mit der Begründung, unsere Kasse sei noch zu schwach, um solche Ausgaben zu machen und soll der Betrag lieber unseren kranken Mitgliedern zugewendet werden. Der Vorsitzende verliest sodann einen Brief unseres Hauptvorstandes, worin um Vorschläge zur Abhaltung des nächsten Verbandstages gebeten wird. Da nun Cassel wegen seiner jetzigen Verhältnisse nicht in der Lage ist, einen Verbandstag in seinen Mauern abhalten zu können, wird Frankfurt a. M. vorgeschlagen, da es ja mit uns zu einem Gau gehört. Des ferneren wird an die Vertrauensleute die Mahnung gerichtet, die Beiträge energischer einzusuchen, denn wenn die Mitglieder erst im Rückstande sind, fällt es ihnen schwer, ihren Pflichten nachzukommen. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß unser Lieberherr zum Stützungs-fest etwa 65 Mk. betrage, auch habe ein Mitglied ein Darlehen von 8 Mark erhalten. Aufgenommen wurden die Kolleginnen Dittert, Gögges und die Kollegen Löbermann und Sedemann. Beim Gewerkschaftskartell war ein Antrag der Lokalkommission eingegangen betreffs Erbauung eines Gewerkschaftsbauwes, wonach die Mitglieder der hiesigen Zählstelle einen Einzelbeitrag von 150 Mk. zu entrichten hätten. Hierzu wird beschlossen, dem Kartell mitzuteilen, daß dies den Mitgliedern unserer Zählstelle unmöglich sei zu zahlen, da die Summe ungefähr den sechsten Teil des Arbeitslohnes ausmacht. Die Festsetzung eines Minimallohnes mußte wegen der schlecht besuchten Versammlung zurückgestellt werden. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden nochmals ermahnt hatte, die fehlenden Kolleginnen und Kollegen zum Versammlungsbesuch anzuhalten, schließt derselbe die Versammlung.

Dresden. Versammlung vom 13. Oktober. Zum Jahres- und Kassenbericht berichtet Thürausch, daß

die Einnahmen des verfloffenen Geschäftsjahres 2438,75 Mk., die Ausgaben 1651,23 Mk. betragen, so daß ein Kassenbestand von 787,52 Mk. zu verzeichnen ist. Abgehalten wurden 10 Mitglieder-Versammlungen und 15 Sitzungen der Verwaltung. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1903 137, neuzugeworbenen sind 68, abgemeldet 33, so daß am Schluß dieses Geschäftsjahres 172 Mitglieder vorhanden sind. Die Kollegen Krumpfert und Reichelt berichteten, die Kasse geprüft und in beider Ordnung gefunden zu haben und bitten, dem Vertrauensmann Decharge zu erteilen, was einstimmig geschieht. Bei der Wahl des Vertrauensmannes werden die Kollegen Thürausch, Herrmann und Krumpfert vorgeschlagen; Kollege Thürausch lehnt mit dem Bemerkens ab, daß er nicht so im Reden forsche, wie es bei diesem Amte notwendig sei, auch haben ihm die persönlichen Reibereien die Lust zum Arbeit verleidet. Die Kollegen Herrmann und Krumpfert lehnten ebenfalls ab; letzterer stellte den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzugeben, was jedoch abgelehnt wird. Darauf erklärt sich Kollege Krumpfert unter der Bedingung, daß durch Stimmzettel gewählt werde, bereit, das Amt anzunehmen, damit Dresden nicht ohne Vertrauensmann lie. Bei der vorgenommenen Wahl erhalten von 45 abgegebenen Stimmen Krumpfert 25, Herrmann 15, Thürausch 2, unglücklich 3. Kollege Krumpfert nimmt hierauf die Wahl an. Als Stellvertreter wird Kollege Thürausch einstimmig gewählt und nimmt derselbe die Wahl an. Bei der Wahl der Agitationskommission fragt Kollege Bettengel, ob die Kommission nicht einen Bericht geben wolle, damit man wisse, was im verfloffenen Jahre geleistet worden sei. Hierzu wird erklärt, daß dieser Bericht gewissermaßen im Bericht des Vertrauensmannes mit enthalten sei, es bisher auch noch nicht üblich war, daß die Agitationskommission einen Bericht gegeben habe. Kollege Thürausch schlägt vor, daß die Kommission nur aus 5 Mitgliedern bestehen soll und werden hierauf die Kollegen Herrmann, Friedrich und Bettengel, die Kolleginnen Defant und Seibt einstimmig gewählt, sämtliche nehmen auch die Wahl an. Kollege Thürausch erklärt noch, daß es sich notwendig mache, zwei Vertrauensmänner zu wählen, es werden die Kollegen Walter für Neustadt und Heim und Schlippe für Striehn gewählt. Beim letzten Punkt „Gewerkschaftliches“ ermahnt Thürausch die Kollegen und Kolleginnen, bei der bevorstehenden Lebnbewegung der Papierbranche keine Buchhändlerarbeiten zu verrichten; sollte etwa deswegen jemand gemahnt werden, so würde man auch seitens unseres Verbandes unterstützt werden. Es folgt nun eine lange, persönliche und scharfe Debatte zwischen den Kollegen Thürausch, Krumpfert und Fide. Es würde zu weit führen, alle die persönlichen Reibereien, welche schon lange Zeit zurückreichen, hier anzuführen. Es beteiligen sich an der Debatte noch die Kollegen Herrmann, Reichelt und Friedrich; man ist allgemein der Ansicht, daß diese persönlichen Streitigkeiten nun einmal begraben werden, daß auch für Dresden wieder ruhige Zeiten eintreten und mehr im Interesse unserer Zählstelle gearbeitet werden kann. Während dieser Debatte hatte sich die Versammlung stark gelichtet und kommt noch bei schwacher Beteiligung folgende Resolution zur Debatte: „Die heute im Volkshaus versammelten Kollegen und Kolleginnen protestieren entschieden dagegen, daß die Versammlungen, die eigentlich dem Zwecke der Organisation und Agitation dienen sollen, dazu benutzt werden, um persönliche Streitigkeiten auszusuchen. Sie erwarten vielmehr, daß in Zukunft irgend welche Meinungsverschiedenheiten, sowie Reichwerden jeder Art, zunächst der Agitationskommission zur Regelung vorgelegt werden und daß sich die Versammlung nur in außerordentlichen Fällen als letzte Instanz mit derartigen Angelegenheiten zu befassen hat. Die Versammlung spricht ferner ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Verbandsvorstand bzw. die Verbandsvorsitzende über Verwaltungsangelegenheiten mit einzelnen, nicht zur eigentlichen Verwaltung gehörigen Mitgliedern Korrespondenzen führt, die nur geeignet sind, den persönlichen Haß noch mehr zu schüren, gleichzeitig aber eine Mißachtung des Zählstellenleiters bzw. des Vertrauensmannes bedeuten. Die Versammlung gibt sich ferner der Hoffnung hin, daß die neugewählte Agitationskommission mehr als bisher den Zweck ihres Daseins erfüllt und in nächster Zeit eine rege Agitation entfaltet, damit auch die Zählstelle Dresden entsprechend vorwärts schreitet.“ Thürausch. Nachdem Kollege Krumpfert sich gegen den zweiten Punkt der Resolution ausgesprochen hat, die Kollegen Friedrich und Seibt dafür, wird die Resolution mit Stimmeneinheit angenommen. Darauf schließt der Versammlung.

Umerkung. Wenn Thürausch es sich nicht versagen konnte, in einer Resolution das Verhalten des Verbandsvorstandes zu kritisieren, trotzdem er durch uns brieflich unterrichtet ist, warum wir uns in einigen Fragen an Krumpfert wenden mußten, der nicht der erste beste Kollege, sondern allen als ber-

jenige bekannt ist, der in der schlimmsten Zeit, welche die Dresdener Zählstelle durchmachen mußte, mit Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit gearbeitet hat, und auf Grund seiner Tätigkeit eine achtzehnwöchentliche Wacheleitung durchmachen mußte, — so mag Thürausch sich auch an dieser Stelle zeigen lassen, daß nur der ein Recht auf volles Vertrauen haben kann, der imstande ist, eine übernommene Pflicht auch voll zu erfüllen! Wer aber als schwacher Charakter, wie z. B. bei der Sache Reide i. Planen, nicht weiß, ob er sich auf die Seite eines Luerulanten oder die des Verbandsvorstandes stellen soll, der kriegt schließlich die „Meile“, die dem anderen, hätte er sie allein bekommen, eine wirksame Lehre gewesen wäre. Hoffen wir, daß nun der Friede in Dresden eingezogen ist und die in den letzten Tagen gemeldeten Erfolge dienen noch befestigen.

Paula Thiede, Vorsitzende.

Leipzig. Bericht von der öffentlichen Steinschleifer-Versammlung am 15. Oktober in „Stadt Hannover“. Zum ersten Punkt: „Die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation“, war Kollege Mit-Berlin als Referent erschienen. In seinen Ausführungen gab er einen kurzen Rückblick über die Steinschleiferbewegung im allgemeinen und betonte, daß die geringe Zahl der organisierten Steinschleifer nur auf die Zersplitterung in den verschiedenen Organisationen zurückzuführen sei. Des weiteren bezieht er den Steinschleiferkongreß, der 1903 in Leipzig stattfand und die diesjährige Generalversammlung des Vereines der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen in Dresden. Es hätte wohl niemand geglaubt, daß die Resolution, die in Leipzig auf dem Steinschleiferkongreß angenommen wurde und von dem Vertreter der Generalversammlung der Gewerkschaften den Ratratg erhielt, nach welchem die Resolution nur empfehlende Wirkung auf die Generalversammlungen der in Frage kommenden Verbände habe, so ausfallen würde, wie sie ausgefallen ist. Der Referent führte weiter aus, daß der in Dresden gefallene Entscheid unter den älteren Kollegen, die schon viele Jahre dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen angehören, große Unzufriedenheit und Aergernis geschaffen habe, auch etliche dahin gebracht habe, überhaupt letzter Organisation mehr anzugehören. Er bedauere, daß sich welche dazu hinreihen ließen. Er selbst sei stets dafür gewesen, daß die Steinschleifer in den Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen gehörten. Da nun in Dresden der Beschluß gefaßt worden ist, die Steinschleifer gehörten dem Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter an, so hätte er sich dem Beschlusse gefügt und sei dem Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beigetreten. Nach dem Dresdener Beschluß sind wohl die im Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen organisierten Steinschleifer aus ihrem Verein nicht ausgewiesen, aber es ist ihnen auch nicht möglich, unter ihren Kollegen zu agitieren und somit ist ihnen nur die Möglichkeit gegeben, in dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen langsam auszuherben. Um dieses zu vermeiden, haben in Berlin und Hamburg Versammlungen stattgefunden, die sich mit dem Uebertritt in den Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter beschäftigten. In den Versammlungen hat sich die Mehrzahl, wenn nicht einstimmig, für den Uebertritt erklärt. Die Uebertrittsbestimmungen sind sehr günstige, siehe „Graph. Presse“ Nr. 39. Referent wünschte, daß man auch in Leipzig zu der Einsicht kommen möge, daß es für die Verbesserung unserer Verhältnisse unbedingt nötig ist, in einer Organisation organisiert zu sein. Mit diesem Wunsche schloß Kollege Lust sein mit Beifall aufgenommenes Referat. Von den Mitgliedern des Vereines der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen war folgende Resolution eingegangen: Die heute anwesenden Steinschleifer Leipzigs, welche dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen angehören, haben von dem Beschlusse der Dresdener Generalversammlung betreffs der Steinschleifer Kenntnis genommen. Sie wünschen deshalb, fortan nicht mehr dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen anzugehören. Da durch den Beschluß der Dresdener Generalversammlung den Steinschleifern der Lebensnerv einer gewerkschaftlichen Agitation unter den Berufsgeoffenen verbunden ist. Sie wünschen dem Verbands der in Buch- und Steindruckerei beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beizutreten. Ferner wünschen sie, daß alle Steinschleifer Deutschlands, die im Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen Deutschlands organisiert sind, dem Verband der in Buch- und Steindruckerei beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beitreten, um der Zersplitterung endlich ein Ende zu machen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion fragten verschiedene Kollegen an, ob die Rechte, die sie im Senefer-Bund und im Lokalverein erworben haben, aufrecht erhalten bleiben. Kollege Kaiser gab darüber Auskunft. Die

Rechte, die die Steinschleifer in den genannten Vereinen sich erworben haben, diesen allen erhalten, sofern sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Neuaufnahmen könne jedoch nicht mehr stattfinden. Im weiteren Verlauf der Diskussion war folgende Resolution eingegangen: „Die am 15. Oktober in „Stadt Hannover“ versammelten Steinschleifer Leipzigs protestieren gegen eine fernere Institution und Mitgliedsaufnahme des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes unter den Steinschleifern Leipzigs. Die Versammelten erklären, daß nur der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen berechtigt ist, die Steinschleifer zu organisieren. Franz Hermann.“ Zu dieser Resolution hatte zunächst Kollege Hermann das Wort. Er führte unter anderem aus, daß es dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband durch seine Krankenunterstützung nur darum zu tun ist, eine möglichst große Mitgliederzahl zu erzielen, ob er die Interessen, die verschiedenen Gruppen, die er versucht zu organisieren, vertreten kann, sei ihm vollständig nebensächlich. Er organisiert alles, was ihm postwendend erscheint, ja sogar Maschinenisten und Geizer. Er habe dieserhalb im Leipziger Gewerkschaftsartell schon vielfach Reibereien zwischen den verschiedenen Gewerkschaften und dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband gesehen. Kollege Hermann empfiehlt nach weiteren Ausführungen der Versammlung, der Resolution zuzustimmen. Gegen die Resolution sprach ein Kollege der Firma C. G. Röder, der im Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband organisiert ist, da der genannte Verband bei der Firma C. G. Röder einige Verbesserungen unter den Steinschleifern geschaffen habe. Kollege Schulze führte hierzu aus, daß es dem Steindruckerei- und Hilfsarbeiterverband seit langer Zeit nicht möglich gewesen ist, unter den Steinschleifern den Gehalt der Organisation zu steigern, und wenn es nun dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband gelungen ist, einige Steinschleifer für sich zu gewinnen und einige Verbesserungen für diese einzuführen, so sei dies einem gewissen Glücksumwand zuzuschreiben. Aber jedenfalls hätten der Steindruckerei- oder Hilfsarbeiterverband entschieden mehr für sie herausbringen können, wenn die Kollegen die Einigkeit gehabt hätten, sich dem Verband anzuschließen, der ihnen am nächsten verwandt ist. Die Resolution wurde hierauf gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt: „Die Gründung einer eigenen Sektion“ gab Kollege Kaiser eine kurze Einleitung. Die Gründung der Sektion wurde einstimmig angenommen. Als Kommission, die die Vorarbeiten zu treffen hat, wurden die Kollegen Helbig, Herber, Hermann, Kaiser und Kerschmar gewählt. Zum dritten Punkt: „Gewerkschaftliches“ wurde bekannt gegeben, daß sämtliche anwesenden Steinschleifer, die dem Verein der Lithographen, Steindruckerei- und Berufsangehörigen angehören, sich durch Unterschrift zum Beitritt in den Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter zu erklären haben. Hierauf schloß der Versammlung.

Strahburg. Bericht von der ordentlichen Generalversammlung vom 16. Oktober 1904. Dieselbe war leider sehr schwach besucht. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls bedauerte der Schriftführer, daß er in den zwei letzten Versammlungen nicht erscheinen konnte und der provisorische Schriftführer es unterlassen hatte, einen Bericht für die „Solidarität“ zu schreiben. Der Rechenschaftsbericht konnte nicht gegeben werden, da der Kassierer verhindert war, zu erscheinen. Die Bekanntgabe der Abstimmung ergab, daß 19 Stimmen mit Ja und 27 Stimmen mit Nein abgegeben wurden; eine Stimme war unglücklich, infolgedessen ist der Antrag auf Beitragserhöhung zwecks Einführung von Krankenunterstützung abgelehnt. Der Vorliegende bedauerte das Melitrat und erwählte, den Antrag nicht fallen zu lassen. Hierauf gab der Delegierte den Kartellbericht. Ueber einen Antrag des Kartells referierte der Vorliegende und ergab dann die Abstimmung, daß sämtliche Mitglieder für den Antrag waren. Bezüglich der Lohnregelung in der „Strahburger Post“ und den „Neuesten Nachrichten“ stellte Kollege Benide den Antrag, in den betreffenden Firmen Druckereiversammlungen abzuhalten und wurde dies angenommen. Als Festlokal für unser Stiftungsfest wurde der Volksgarten vorgeschlagen. Unter Berücksichtigung erfolgten 5 Neuaufnahmen; auch gab der Vorliegende bekannt, daß sich jetzt der Arbeitsnachweis in den Händen des Kollegen Arth. Wolff, Himmelfahrtstr. 2, befindet. Ueber einen internen Fall gab der Vorliegende Aufschluß und schloß hierauf mit einem kurzen Appell an die Mitglieder die Versammlung.

Rundschau.

Eine Firma in der Landsbergerstraße engagierte im August d. Js. eine Kollegin der Zahlstelle I mit dem Hinweis, die Arbeit dauere ein Vierteljahr, vielleicht auch länger, ohne jedoch eine Kündigungsfrist zu vereinbaren. Nach Ablauf von drei Wochen jedoch wieder entlassen, klagte die Kollegin beim Buchdrucker-Innungsgericht auf Lohnzahlung für zwei Wochen. Im ersten Termin reduzierte sie ihren Anspruch auf Entschädigung für viereinhalb Tage, da sie nur diese Zeit arbeitslos war; die Firma wurde verurteilt, dieses zu zahlen. Der Chef weigerte sich und beantragte seinen Geschäftsführer und Buchhalter als Zeugen zu laden, welche bezeugen sollten, daß die Kollegin nicht dauernd, sondern zur Aushilfe eingestellt sei. Die Kollegin verlangte ihrerseits die Arbeitsnachweisverwalterin als Zeugin zu laden, daß bei der telefonischen Bestellung die Kollegin auf ein Vierteljahr verlangt wurde und welche auch jerner bezeugen sollte, daß Aushilfestellen höher entlohnt werden. Letzteres traf hier nicht zu und da es jerner Aushilfe auf ein Vierteljahr gekehrt nicht gibt, wurde die Firma zur Zahlung der viereinhalb Tage (12,68 Mk.) verurteilt; jedoch empfahl der Richter des lieben Friedens willen eine Einigung. Die Parteien einigten sich auf 8 Mark, da der Chef versprach, den Arbeitsnachweis bei Bedarf auch weiter in Anspruch zu nehmen.

Gewerkschaftliche Mitteilungen aus Leipzig. In der Westfirma C. G. Röder stehen die Rotendruck-Maschinenmeister in einer Bewegung um Abichaffung der Akkordarbeit. Da seit Mai ein befriedigendes Resultat nicht zu erreichen war, kündigten die Rotendrucker. Hierauf nahm die Firma Röder Gelegenheit, sofort 30 Anlegerinnen zu kündigen, da man in diesem Fall auch keine Anlegerinnen brauche. Glücklicherweise war der größte Teil bei uns organisiert und mußten wir uns dazu bereit erklären, unseren Mitgliedern im Falle einer Aussperrung die Streikunterstützung zu bewilligen: Ledige pro Woche 8 Mk., verheiratete weibliche 10 Mk. Die weiteren tariflichen Verhandlungen Leipziger Rotendruckerei-Führer und Rotendrucker veranlaßten die Firma Röder, die Kündigung der Anlegerinnen am Freitag, den 28. Oktober, zurückzuziehen, was am selben Abend auch die Drucker getan. 119 organisierte Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen reichten auf die Kündigung eine 10-prozentige Lohnforderung ein und sind den Beteiligten Verhandlungen für diese Woche in Aussicht gestellt. — Ebenfalls reichten in der Steindruckerei von Viebich & Runge 5 Markthelfer und 4 Schleifer eine 10-prozentige Lohnforderung ein. Die bisherigen Löhne sind: Hilfsarbeiter einer 14 Mk., sonst 18 und 19 Mk., auch für Schleifer. Die Firma Viebich & Runge beantwortete diese Eingabe mit der Kündigung. Wir eruchen alle Kollegen

und Kolleginnen, mit den Gefündigten sich solidarisierend zu erklären und die schlagartige Firma Viebich & Runge zu meiden. — Die vier Steinschleifer bei Schönbach & Schäfer erhielten auf ihre Eingabe um Lohnaufbesserung Schleifer je 2 Mk., ebenso einige An- und Auslegerinnen 50 Pf. Weiteres zu erreichen war zur Zeit infolge flauen Geschäftsganges für Schnellbescheid nicht zu erreichen. Wenn die Kolleginnen aber gut zusammenhalten, sind auch ihnen bei stottem Betrieb Vorteile in Aussicht gestellt. Was bisher erreicht wurde, danken wir der Einigkeit. Der Vertrauensmann Leipzigs.

Gewerkschaftshaus in Hamburg. Die Firma „Gewerkschaftshaus Hamburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ ist kürzlich in das Handels-Register eingetragen worden. Das Stammkapital beträgt 90.000 Mk. Zu Geschäftsführern sind E. Kretschmer, A. Mundt und S. Stubbe bestellt worden mit der Ermächtigung, daß je zwei von ihnen gemeinschaftlich zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt sind.

Briefkasten.

Die Versammlungsberichte aus Leipzig und Berlin I mußten wegen Raummangel zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungsanzeigen.

Crimmitschau. Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr: **Versammlung.** Die wichtige Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Berlin, Zahlstelle III. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 20. November, nachm. 4 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** bei Wendt, Meuthstr. 19/20, Industriehalle (kleiner Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Otto Reich. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. In der Versammlung werden auch Beiträge entgegengenommen. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle I und II sind ebenfalls freundlich eingeladen. Hohfreies pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Nachruf.
Am 28. Oktober ist unser Mitglied
Max Eichhorn
gestorben.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm stets
Die **Zahlstelle Dresden.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 12. November 1904

in sämtlichen Räumen des „Pantheon“

GROSSES HERBST-FEST

bestehend in

Gesangs-, Konzert-, humoristischen Vorträgen und BALL

unter Mitwirkung Richard Quass Original Leipziger Sänger.

Um 12 Uhr: **Grosser Dekorations-Reigen**, ausgeführt von 24 Verbands-Kolleginnen.

Eintritt 25 Pfg., Vorverkauf 120 Pf.

Einlass 6 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Programme sind bei allen Beikassierern zu haben. Freunde und Gönner des Verbandes ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

57 Kommandantenstr. „**Berliner Ressource**“ Kommandantenstr. 57.

Sonntag, den 20. November 1904 (Toten-Sonntag)

Vokal- und Instrumental-Konzert

zur Feier des 11. Stiftungsfestes

des **Gesangvereins „Solidarität“**

(Buchdruckerei-Hilfsarbeiter.) M. d. A.-S.-B. Dirigent: Herr Koblenz

unter gütiger Mitwirkung des allbeliebten „**Berliner Wk-Crio**“ u. der Soubrette Fräul. **Crudi Walden.**

Programm 30 Pfg. * **Eröffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr.**

Billets sind im Arbeits-Nachweis bei Sangesbruder Sternitzky, Neuenburgerstr. 8, sowie bei allen Mitgliedern zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**